

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Connaabnd.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 56, Urbanstr. 63 I.

Inserate

Pro viergespaltene Zeile 60 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Verbandsangelegenheiten 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 51.

Berlin, den 16. Dezember 1911.

27. Jahrgang.

**Kollegen und Kolleginnen, gedenket der um eine bessere Existenz kämpfenden Tabakarbeiter! Gebt Euer Scherflein zu den Kosten des Kampfes! Zeichnet fleißig auf den ausgegebenen Sammelisten.**

## Die Lohn- und Tariffbewegungen im graphischen Gewerbe.

In dem hartnäckigen Kampfe der Lithographen und Steindrucker ist eine Aenderung im Stande der Bewegung infolgedessen eingetreten, als am 7. Dezember Verhandlungen mit dem Schutzverband der Steindruckereibesitzer stattgefunden haben, die jedoch wiederum nach kürzerer Dauer an der Frage der Arbeitszeitverkürzung gescheitert sind.

Am 3. Dezember fand in Berlin eine Konferenz des Steindruckerverbandes statt, an der Vertreter der einzelnen im Kampf stehenden Industriegebiete teilnahmen, die die gegenwärtige Sachlage einer Beratung unterzogen. Von den in Deutschland vorhandenen 15 800 Lithographen- und Steindruckergehilfen befinden sich seit 11 Wochen rund 4500 im Streit bezw. Aussperrung und außerdem circa 1800 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Ueber den Verlauf der Konferenz und deren Stellungnahme zum Stande des Kampfes berichten wir nach der Tagespresse folgendes: Zunächst wurde über die Korrespondenz berichtet, die seit dem Scheitern der Verhandlungen vom 15. August bis jetzt zwischen dem Vorstand des Unternehmerschutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer und dem Hauptvorstand des Gehilfenverbandes der Lithographen und Steindrucker gewechselt ist. Da von beiden Seiten die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zu erkennen gegeben war, fand auf Vorschlag des Gehilfenverbandes am 27. November eine unverbindliche Aussprache statt, an der von beiden Seiten je zwei Vertreter teilnahmen. In dieser wurde von den Vertretern des Unternehmerschutzverbandes der Standpunkt vertreten, daß weitere Verhandlungen nur möglich seien, wenn die Arbeitszeitfrage dabei ausgeschaltete und die 53stündige Arbeitswoche akzeptiert werde. Um die Bahn frei zu machen für Verhandlungen über die übrigen Forderungen, die bei den gescheiterten Verhandlungen am 15. September nicht besprochen wurden (die Lohn-, Gehalts-, Ueberstundenfrage usw.), beschloß der Hauptvorstand des Gehilfenverbandes, Verhandlungen einzuleiten auf der Grundlage der 53stündigen wöchentlichen Arbeitszeit. Die Konferenz billigte es, daß der Hauptvorstand die Bahn frei gemacht habe für neue Verhandlungen, da diese zeigen werden, ob dem Unternehmerschutzverband an einer annehmbaren Regelung der Verhältnisse etwas gelegen ist. Die Konferenz vertrat aber auch nach eingehender Aussprache über die aus den Streik- und Aussperrungen erstatteten Berichte über die Situation erntlich den Standpunkt, daß der Kampf nach wie vor mit aller Energie weitergeführt werden müsse, sofern die Haltung des Unternehmerschutzverbandes eine die Gehilfenschaft befriedigende Regelung der Differenzen nicht erwarten läßt. Denn der Stand der Bewegung ist für die Arbeiterschaft nach wie vor günstig und die Haltung der Streikenden und Aussperrten eine unerschütterliche. Obgleich

Streikbrecher im In- und Auslande gesucht und denselben die höchsten Löhne gezahlt werden, ist die Zahl der angeworbenen Streikbrecher sehr gering. Die Konferenz befaßte sich ferner mit der Frage der Gewährung eines Nieitzuschusses an die Kämpfenden zu Neujahr; ein solcher soll geleistet werden. Auch wurde auf Anregung vieler Mitgliedschaften eine Weihnachtssammlung unter den in Arbeit stehenden Mitgliedern des Gehilfenverbandes beschlossen, von der man ein gutes Erträgnis bestimmt erwartet, um den Streikenden und Aussperrten nebst ihren Familien ein schönes Weihnachtsgeschenk zu bereiten. — So wurde also für alle Fälle in jeder Beziehung Vorsorge getroffen.

In der oben erwähnten unverbindlichen Aussprache war vereinbart worden, daß die Frage der Arbeitszeit als geregelt zu gelten habe, daß sie also bei den kommenden Verhandlungen vollständig ausgeschaltet bleiben müsse. Als aber am 7. Dezember in die offiziellen Verhandlungen eingetreten war, da waren es die Schutzverbände, die sich an die Abmachungen nicht hielten, sondern sofort als Einleitung den Gehilfenvertretern folgende Formulierung vorlegten, die bezüglich der Arbeitszeit vor der Erörterung der anderen Fragen zuerst angenommen sein mußte. Beachtenswert ist dabei, daß die Unternehmer seither mit besonderer Schärfe den Standpunkt vertreten haben, daß die Frage der Arbeitszeit geregelt sei. Jetzt aber forderten sie von den Gehilfen Zustimmung zu folgender Vereinbarung:

„Die effektive wöchentliche Arbeitszeit beträgt für Steindrucker (auch für Korrekturlithographen) 53 Stunden, für Lithographen 48 Stunden. Die Arbeitszeit ist eine effektive, sowohl bei 53 Stunden als auch bei bestehender kürzerer Arbeitszeit. Die Prinzipale haben das Recht, eine bestehende längere Arbeitszeit auf 53 Stunden zu erhöhen. Jedoch ist in diesem Falle eine Erhöhung des Wochenlohnes entsprechend der erhöhten Stundenanzahl herbeizuführen. Ein- und Auslaufen; An- und Auskleiden; Waschen usw. hat außerhalb der Arbeitszeit zu geschehen. Dem Prinzipal steht das Recht auf Einführung von Kontrollapparaten und -einrichtungen zu. Der Einführung und Benutzung derselben dürfen keine Schwierigkeiten bereitet werden.“

Diese Formulierung würde für viele Gehilfen eine Verlängerung der Arbeitszeit bringen, denn jetzt arbeitet bereits eine größere Zahl weniger als 53 Stunden. Der in den seitherigen Abmachungen stehende Satz, daß „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unberührt bleiben“, soll in Zukunft wegfallen, so daß der Arbeitgeber das Recht der Verkürzung auf 51 Stunden, die Arbeitszeitverkürzung, auf 51 Stunden die Arbeitszeit zu verlängern. Diese Zumutung mußte von den Gehilfenvertretern abgelehnt werden. Diese wünschten Vertagung des Punktes Arbeitszeit und Eintritt in die Beratung über die übrigen Punkte (Arbeitslohn, Gehaltsfrage usw.). Die Vertreter des Unternehmerschutzverbandes bestanden jedoch darauf, daß

ehe dies geschehen könne, erst der Punkt Arbeitszeit nach ihrer Formulierung festgelegt werden müsse. — Nach weiterer ergebnisloser Aussprache wurden die Verhandlungen hierauf bis auf weiteres abgebrochen.

Der Kampf im Steindruckgewerbe geht also seinen Gang weiter. Mit nur irgend denkbare Schärfe wird er geführt, was am drähtlichsten in den beiderseitigen Presseäußerungen zu erkennen ist. Dabei berührt das Jammern des Schutzverbandsorgans eigentümlich, da das Organ des Gehilfenverbandes, die „Graph. Presse“, immer nur auf einen Schmelzen des Schutzverbandsorgans in Wahrung ihrer berechtigten Interessen anderthalben setzt.

Die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter sind an der Bewegung der Steindrucker mit circa 1800 Personen beteiligt. Außerdem aber geht ihre Tarifperiode im Buchdruckgewerbe am 31. Dezember ihrem Ende zu, so daß auch hier folgen schwere Kämpfe noch in Aussicht stehen. In der letzten Nummer berichteten wir bereits von dem Scheitern der ersten Verhandlungen über einen neuen Tarifabschluß. Seine wesentlichste Ursache hatte dies darin, daß die Unternehmer eine Verlängerung der Arbeitszeit um 3 Stunden pro Woche forderten, daß die Ueberstundenbezahlung um 25 Proz. verschlechtert werden sollte und vor allem darin, daß die seither geltende Bestimmung — die wohl in jedem Tarif enthalten ist — nach der bestehende bessere Verhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen, gestrichen werden soll. Das sind natürlich Forderungen, denen nicht zugestimmt werden konnte und das Scheitern der Verhandlungen wurde darum auch von den in Betracht kommenden Mitgliedschaften „gutgeheißen“. Inzwischen hat sich auch hier die Situation schon wieder wesentlich verändert, indem neue Verhandlungen bevorstehen.

Ueber die jetzt gegebene Sachlage berichtet die „Solidarität“, das Organ des Hilfsarbeiterverbandes: „Trotz aller Ruhe und Besonnenheit war sich, wie immer, so auch jetzt wieder unsere Verbandsleitung voll und ganz der hohen Verantwortlichkeit bewußt, die ihr aus der neuen Situation erwachsen ist. Es wurden daher unverzüglich die erforderlichen Schritte eingeleitet, um die am 28. November entstandene Kluft nicht noch mehr zu erweitern, sondern nach Möglichkeit zu überbrücken. In diesem Bestreben hat unsere Verbandsleitung bei den maßgebenden Tariforganen der Buchdrucker nicht nur vollstes Verständnis, sondern auch weitestgehende Unterstützung gefunden. Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker ist am 7. Dezember zu einer Sitzung zusammengetreten und hat, dem Ersuchen unserer Organisationsleitung stattgebend, sich zur Vermittlung in den schwebenden Differenzen bereit erklärt. Nach eingehendem Studium der ganzen Sachlage ist das Tarifamt zu dem Entschluß gelangt, den beiden Parteien folgende Einigungsorschläge zu machen:

Nachdem der Deutsche Buchdrucker-Verein auf Grund der Beschlüsse seiner letzten Generalversammlung in Hamburg lediglich für die fakultä-

tive (nach eigenem Belieben und Ermessen der Beteiligten, im Gegensatz zu obligatorisch) Einführung des Hilfsarbeiter-Tarifses wirken kann, es ihm weder möglich ist noch der Wille vorhanden ist, eine Gewähr für die obligatorische Einführung zu übernehmen, soll der neue Tarifabschluß nicht mehr von Organisation zu Organisation, sondern von Allgemeinheit zu Allgemeinheit erfolgen. Demzufolge werden Prinzipale und Hilfsarbeiter der 20 bisherigen Tarifsorte aufgefördert, je 1-2 Vertreter (Berlin je 3) zu dem am 18. Dezember im Papierhaus zu Berlin angelegten neuen Tarifverhandlungen zu entsenden. Diese Verhandlungen werden von den Vorsitzenden des Tarifamtes geleitet und sollen in erster Linie die Neufassung der Allgemeinen Bestimmungen vereinbaren und im Anschluß daran auch die Regelung der für die nächste Tarifperiode zu geltenden Minimal-Lohnsätze festlegen.

Diese Einigungsvorschläge wurden sowohl vom Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins als auch vom Verbandsvorstand des Hilfsarbeiterverbandes als gangbar bezeichnet und demzufolge von beiden Seiten akzeptiert. Es ist nunmehr notwendig, was auch ausdrücklich vom Tarifamt gewünscht wurde, daß die in verschiedenen Orten eingeleiteten Maßnahmen, ganz besonders die schon angebahnten örtlichen Verhandlungen, sofort inhibiert werden und überall nur den Anweisungen des Verbandsvorstandes entsprechend gehandelt wird.

Durch die Anbahnung neuer Verhandlungen ist zwar noch nicht die unbedingte Gewähr gegeben, daß ein neuer Tarifabschluß mit Beginn des neuen Jahres in Kraft tritt. Es ist aber die berechtigte Hoffnung vorhanden, daß auf Grund der ganz anders gearteten Voraussetzungen, als wie sie vor Leipzig gegeben waren, die bevorstehenden Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Der 18. Dezember und die folgenden Tage werden zeigen, ob mit dem Jahresbeginn im Buchdruckergewerbe ein Kampf entbrennen wird oder ob hier ein friedfertiger gesonnenes Unternehmertum als das des Steindruckergewerbes den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft mehr Verständnis entgegenbringt als dieses.

**Rus unierem Beruf.**

**Arbeitslosenstatistik.**

Bei der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden wurden an dem für den Monat November in Betracht kommenden Stichtag — 25. November — durch unsere Organisation in 125 berichtenden Zahlstellen mit 15 554 männlichen und 14 503 weiblichen, zusammen 30 057 Mitgliedern, 310 männliche und 244 weibliche, zusammen 554 am Orte befindliche arbeitslose Mitglieder festgestellt. Außerdem sind an diesem Tage noch 36 auf der Reise befindliche männliche Mitglieder in diesen Zahlstellen zugereicht, so daß insgesamt in den 125 Orten 590 arbeitslose Mitglieder ermittelt wurden.

16 Zahlstellen mit 495 männlichen und 517 weiblichen, zusammen 1012 Mitgliedern haben nicht berichtet und sind daher in obigen Zahlstellen nicht mit enthalten.

Auf je 100 Mitglieder kamen bei den männlichen 2,2, bei den weiblichen 1,7 und bei beiden zusammen 2,0 Arbeitslose.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Berichterstattung in den Vormonaten sowie in den gleichen Monaten der beiden letzten Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
	m.	w.	auf.	1911			1910		
				m.	w.	auf.	m.	w.	auf.
Januar . . .	617	449	1066	4,0	3,3	3,7	2,9	4,2	
Februar . . .	587	392	979	3,5	2,9	3,2	2,8	4,4	
März . . .	428	281	709	2,8	2,0	2,4	2,5	3,7	
April . . .	402	280	682	2,7	1,7	2,2	2,7	3,5	
Mai . . .	486	246	732	3,2	1,8	2,5	3,1	3,8	
Juni . . .	578	262	840	3,8	1,9	2,9	2,8	4,0	
Juli . . .	600	287	887	3,9	2,1	3,1	2,9	4,8	
August . . .	568	328	896	3,8	2,8	3,1	2,4	4,8	
September . . .	451	194	645	2,9	1,4	2,2	2,3	2,9	
Oktober . . .	441	285	726	2,9	2,0	2,5	1,8	2,7	
November . . .	546	244	790	2,2	1,7	2,0	2,1	2,0	

Von den 16 Zahlstellen: Apolda, Arnstadt, Brandenburg, Bromberg, Chemnitz, Flensburg, Göppingen, Götting, Herford, Hildesheim, Mülheim, N.-Glabach, Posen, Rostock, Saarbrücken und Weissenfels sind die Berichtsorten nicht eingeschickt worden.

**Korrespondenzen.**

Gespeert sind:

- Deutschland:
  - Berlin (H. Wolf, Lugsuspapierarbeiter).
  - Bödingen (Buchbinder und Arbeiterinnen).
  - Chemnitz (für Kartonnagenarbeiter).
  - Leipzig (Firma Pinkau u. Co.).
- Belgien:
  - Brüssel (Firma Gombelous frere et soeur).
- Bosnien:
  - Sarajevo (Buchbinder u. Arbeiterinnen).

**Infolge Lohnbewegungen ist Zugang fernzuhalten von:**

- Deutschland:
  - Kassel (Buchbinder und Arbeiterinnen).
- Oesterreich:
  - Laiabach (Buchbinder und Arbeiterinnen).
  - Reichenberg (Buchbinder und Arbeiterinnen).

**Vor Arbeitsannahme erkundigen:**

- Deutschland:
  - Halle (Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
  - Kiel (Buchbinder und Arbeiterinnen);
  - Pforzheim (Buchbinder, Einrahmet, Passpartoutschneider).
  - Queblinburg (beim Gauvorstand in Magdeburg).
  - Wittenberg (Buchbinder und Arbeiterinnen).
  - Gau VI/VII (für den ganzen Gaubezirk, vor allem nach Stade und Oldenburg, beim Gauvorstand in Hamburg).
  - Gau IX (Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen beim Gauvorstand in Erfurt).

**Schweiz:**

- Davos (Buchbinder).
- Zürich (Buchbinder).
- Freiburg (Buchbinder).
- Genf (Buchbinder, Kartonnagen- und Etuisarbeiter und Arbeiterinnen).

München. In einer wichtigen Versammlung der Hilfsarbeiter, Buchbinder und Transportarbeiter wurde Stellung zu dem am 27. und 28. November stattgefundenen Verhandlungen über einen neuen Tarifabschluß der Buchdruckerhilfsarbeiter in Leipzig genommen. Gauleiter Albert Schmid vom Hilfsarbeiterverband betonte in seinem Referat, daß die Buchdruckerhilfsarbeiter nur Verschlechterungen der früheren tariflich festgelegten allgemeinen Bestimmungen beantragten und mußten darum die Vertreter der Hilfsarbeiter weitere Zummütungen ablehnen, wodurch die Verhandlungen zum Scheitern kamen.

In der Diskussion ergriff Kollege Werthmann, Gauleiter der Transportarbeiter, das Wort und geißelte das Verhalten der Prinzipalsvertreter. Der Vorsitzende der Buchdrucker, Döhling, versprach moralische und finanzielle Hilfe zu dem bevorstehenden Kampfe und gab die Erklärung ab, daß die Münchener Buchdrucker keine Arbeiten der Hilfsarbeiter ausführen werden. Koll. Faust, Vorsitzender unserer Zahlstelle, leitete die Versammlung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme.

„Die heute, am 2. Dezember 1911, tagende demonstrativ besuchte Versammlung der unter den Tarif für das Buchdruckerhilfspersonal fallenden Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem Scheitern des Tarifses bei der Beratung der allgemeinen Bestimmungen in Leipzig und begrüßt die Arbeiterinteressen wahrende Stellung der Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes. Gegenüber den ungeheuerlichen Verschlechterungsanträgen der Unternehmer des Buchdruckergewerbes, die nur

Verschlechterungen ohne jede Rechte der Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen aufzürden wollten, war an eine Fortsetzung und Erweiterung des Tarifverhältnisses nicht mehr zu denken.

Trotz Scheitern des Tarifses beauftragt die heutige Versammlung die leitenden Personen der bei dem Münchener Tarif in Betracht kommenden Verbände, ungeachtet die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen bei dem Verein Münchener Buchdruckerhilfsarbeiter einzuweichen und bei der bereits im gegenseitigen Einverständnis festgesetzten Verhandlung zu versuchen, den gewerblichen Forderungen für das Buchdruckergewerbe in München auch für die Zukunft aufrichtig zu entsprechen.

Wie schon in der Resolution der Versammlung vom 9. August versprochen auch heute die Anwesenden, allen in der nächsten Zeit durch die Verwaltungen der Organisationen ergehenden Anordnungen auf das stricteste nachzukommen, und sollten auch in München die Verhandlungen scheitern, dann in dem der Arbeiterschaft ausgebrängten Kampfe unentwegt zu ihrem Verbands zu stehen!

Berlin. Die Zeitung der Kartonbranche hatte zum Donnerstag, den 7. Dezember eine Versammlung für alle Berufsangehörigen einberufen. Die Versammlung war der Agitation unter den Arbeiterinnen und Zuschneidern der Lugsuskartonnagen- und der Bezugbranche gewidmet und hat den gehetzten Erwartungen bezüglich des Besuchs vollkommen entsprochen. Schon geraume Zeit vor der Eröffnung war der Saal vollständig überfüllt, so daß noch die vorhandenen Nebenräume geöffnet werden mußten, um alle die Erschienenen unterbringen zu können. Ganz besonders erfreulich war die überaus starke Besetzung der Versammlung durch unsere Kolleginnen. In einem sehr eindrucksvollen Referat behandelte die Genossin Hanna das Thema: „Die Arbeiterin im wirtschaftlichen Kampf“. Sie betonte, daß infolge der Umwandlung vom handwerksmäßigen zum kapitalistischen Produktionsprozeß die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen ganz gewaltig in die Höhe geschossen ist. Sind doch nach dem Ergebnis der letzten Berufszählung etwa 8 Millionen Arbeiterinnen erwerbstätig. Das bedeutet bei dem durch die Affordschinderei herborgerufenen Gasten und Treiben eines Teils einen direkten Schaden für die gesamte Volksgesundheit, der in den Krankenziffern unserer Krankenkassen deutlich zum Ausdruck kommt, andernteils gehe mit dem Umsichgreifen der Frauenarbeit auch ein Sinken der Löhne für die Männerarbeit Hand in Hand. Zwar besteht eine Reihe gesetzlicher Vorschriften zum Schutze der Arbeiterinnen, diese werden aber mehr umgangen als eingehalten, weil die Zahl der aufsichtführenden Beamten zu einer regelrechten Kontrolle der Betriebe bei weitem nicht ausreicht. Es bleibt also der Arbeiterschaft nur das Mittel der Selbsthilfe, das aber nur gewonnen werden kann durch den Anschluß an die großen gewerkschaftlichen Zentralverbände. Die großen Erfolge dieser Verbände — eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 2 M. und eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden pro Woche für jeden der Beteiligten — rechtfertigen die Opfer, die jeder einzelne aufzubringen hat, in vollem Maße. Aber nicht nur diese errungenen Verbesserungen, sondern in gleicher Weise auch die vom kräftig koalitierten Unternehmertum geplanten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die von den Gewerkschaften erfolgreich zurückgewiesen bzw. nach hartem Kampfe abgewehrt werden konnten, müßten endlich auch die letzte Arbeiterin den großen Wert der Organisation erkennen lassen. Warum nun greift diese Erkenntnis namentlich unter den Arbeiterinnen so sehr langsam um sich? Warum nun lassen sich die Arbeiterinnen so sehr schwer vom Beitritt zu ihrer Berufsorganisation bewegen? Die meisten der Arbeiterinnen betrachten ihre Erwerbstätigkeit gewissermaßen nur als eine Durchgangsstation auf ihrer Lebensfahrt bis zu ihrer mehr oder weniger glücklichen Landung in dem Hafen der Ehe. Abgesehen davon, daß dieses Ziel und dieses Streben nur von einem Teil der Arbeiterinnen erreicht wird, in den meisten Fällen zwingt die Not auch die Ehefrau, sich wieder einen Erwerb zu suchen. Das beweist auch die Statistik, nach welcher sich unter den rund 8 Millionen Arbeiterinnen 3 800 000 verheiratete Frauen — einschließlich der Geschiedenen und der Witwen — befinden. Dieser Einwand entbehrt also jeder sachlichen Grundlage, was nun auch von den Arbeiterinnen der Kartonbranche eingesehen wird, wie der Besuch der Versammlung ausgewiesen hat. Es muß aber der Weg zur Organisation nicht erst dann gefunden werden, wenn den Arbeiterinnen das Feuer auf den Nägeln brennt. Auch dann, wenn einzelne Kategorien sich günstigere Verhältnisse errungen haben, muß treu zur Organisation gestanden werden. Aber auch die männlichen Berufsangehörigen müssen sich mehr ihrer weiblichen Kollegen erinnern, nicht immer denken, daß es auch ohne die Arbeiterinnen gehe. Gerade die Geschichte unseres



Verbandes zeigt, daß mit diesem Standpunkte gebrochen werden muß, daß die weibliche Arbeitskraft einen sehr wesentlichen Faktor innerhalb unseres Berufes bildet, der keineswegs unterschätzt werden darf. Das gleiche trifft auf die auch in der Kartonagenindustrie stark verbreitete Hausindustrie zu. Auch diesen, meist unter den erbarungswürdigsten Verhältnissen ihr Leben fristenden Kolleginnen muß das Interesse der gesamten Kollegenschaft zuteil werden. Darum darf es nicht mehr vorkommen, daß Kollegen ihre Frauen vom Besuch der Versammlungen abhalten. Gilt es, für die Kartonagenindustrie Berlins einmal geregelte Verhältnisse herbeizuführen, dann müsse auch der letzte Mann, die letzte Arbeiterin der Organisation zugeführt werden.

Der starke Beifall, sowie der von der Versammlung angenommene Antrag, von einer Diskussion über den Vortrag abzusehen, zeigte, daß die Versammlung einig waren darin, die fast zur Unerträglichkeit ausgewachsenen Verhältnisse in der Branche durch Entlastung einer lebhaften Werbetätigkeit aus der Welt zu schaffen. Klappenbach er sucht, die zur Gewinnung von Adressen von Hausarbeiterinnen herausgegebenen Listen recht bald ausgefüllt wieder abzuliefern, damit man einmal in die Lage komme, sich ein Bild von der Art und dem Umfang der Hausindustrie zu machen. Des weiteren sei es notwendig, das Gehörte nicht ungenutzt verhallen zu lassen. Jeder einzelne müsse jetzt seine ganze Kraft zur Gewinnung von Mitgliedern und damit zur Stärkung der Organisation einsetzen. Geschieht das in der erforderlichen Weise mit Energie und Ausdauer, dann könne die Zeit nicht mehr fern sein, wo daran gedacht werden könne, auch für Berlin tariflich geregelte Verhältnisse zu schaffen.

**Langerfeld-Schwelm.** Am Samstag, den 9. Dezember, wurde hier die Gründung der Zählstelle Langerfeld-Schwelm vollzogen. Kollege Groenhoff eröffnete die Versammlung und erregte die Kollegen durch die Mitteilung, daß der Verbandsvorstand der neuen Zählstelle eine Reihe Bücher überwiesen habe. Er empfahl fleißige Benutzung derselben, besonders des Handbuchs, das dem neuen Vorstand ein guter Ratgeber sei. Groenhoff hielt dann einen besonderen Vortrag über die innere Organisation unseres Verbandes, sowie über allgemeine Gewerkschaftsfragen. Er wies auch noch besonders auf die Aufgaben des zu wählenden Vorstandes hin. Eine Diskussion wurde zu dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag nicht beliebt. Sodann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Hoffmann, als Kassierer Nommel, Schriftführer Rönninghoff, Beisitzer Fladbill und Kimpel, ferner die Kollegen Nachbar und Laurenz als Revisoren. Dann wurde nach kurzer Debatte der Anschlag an das Gewerkschaftsstatut beschlossen und auch erwohnen, einen Lokalbeitrag von 5 Pf. zu erheben. Jedoch soll hierüber die nächste Versammlung beschließen. Nachdem wurde noch auf die Gewerkschaftsbibliotheken hingewiesen und aufgefordert, dieselben fleißig zu benutzen, zumal die Benutzung kostenlos ist. Jede dritte Versammlung findet beim Wirt Hugo Jakob, Schwelm, Offenstraße, statt. Das entspricht der Mitgliederzahl, die Schwelm aufweist. Nach einem kräftigen Appell an die Kollegen, für den Ausbau der Zählstelle zu sorgen und die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen dem Verbande zuzuführen, damit auch in Langerfeld-Schwelm Vorteile in bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit erzielt werden können, schloß Hoffmann mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband die interessante Versammlung.

**Sonneberg.** Die letzte Mitgliederversammlung (vom ? Die Red.) hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Kollege Müller wies an der Hand der Tarife von Chemnitz, Limbach und Mannheim auf die Erfolge unseres Verbandes in der Kartonagenbranche hin und zeigte damit dem Anwesenden, daß unsere noch traurige Lage nur durch festen Zusammenschluß gehoben werden kann. Gibt es doch noch Betriebe, in denen Löhne gezahlt werden, welche zur jetzigen Lebensmittellage im krassen Gegensatz stehen. Man preist dort verheiratete Kollegen mit „Riesenhöhnen“ von 15 bis 17 Mk. ab. Eine weitere traurige Erscheinung zeigte sich in einem Betriebe, der durch die eigene Schmuckkonkurrenz nicht imstande ist, nach beendeter Saison die seitherigen Löhne weiterzuzahlen. Der betreffende Unternehmer scheute sich nicht, einem Kollegen, Vater von fünf Kindern, seinen schon geringen Lohn von 19 auf 17 Mk. zu reduzieren. Bisher konnte in diesem Betriebe nicht genügend Ueberstunden- und Sonntagsarbeit verrichtet werden und jetzt, nach beendeter Saison, stellt der Fabrikant seine Arbeiter vor die Wahl: „Entweder Lohnreduzierung oder Entlassung.“

Kollegen! Solchen Dingen muß auf alle Fälle ein Ziel gesetzt werden, und kann dies nur durch

eine starke Organisation geschehen. Eure Pflicht ist es, in der Weise, wie es bis jetzt geschehen, weiter zu agieren, damit wir auch bald daran denken können, andere Verhältnisse zu schaffen.

**Lahr i. B.** In einer gut besuchten Mitglieder-versammlung vom 2. Dezember hielt Kollege Schröder einen Vortrag über: „Der Schutz der Hausarbeit vor dem Deutschen Reichstage“.

Redner erläuterte, wie überhaupt der Reichstag dazu gekommen sei, über ein Gesetz zum Schutze der Hausarbeit zu beraten. Den ersten Anstoß dazu gab der von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands abgehaltene Heimarbeiterschutzkongreß vom 7. bis 9. März 1904. Dieser Kongreß, welcher auch von einer ganzen Anzahl bürgerlicher Sozialpolitiker besucht war, zeigte ein trauriges Bild vom Elend in der Heimindustrie. Der Kongreß forderte einstimmig die unverzügliche Schaffung eines Heimarbeiterschutzgesetzes. Die vom 16. Januar bis 25. Februar 1906 stattgehabene Heimarbeitersatzung stellte peitschte endlich das öffentliche Gewissen auf und am 20. Dezember 1907 lag dem Reichstag ein entsprechender Entwurf als Artikel 4 der Gewerbeordnungsnovelle vor. Dieser Entwurf wurde einer Kommission überwiesen, die am 11. Februar 1910 dem Reichstag einen Hausarbeiterschutzentwurf vorlegte. In der ersten Lesung hatte diese Kommission die Errichtung von „Lohnämtern“ mit in den Entwurf aufgenommen. In der zweiten Lesung aber wurden mit Stimmengleichheit die Lohnämter wieder gestrichen. Nun stellt der ganze Gesetzesentwurf nichts weiter dar als eine Reihe Strafsparagaphen, und das einzige, das eventuell geeignet wäre, den Hausarbeitern in etwas aufzuhelfen, wurde nicht mehr vorgelegt. Noch ehe dieser so verhandelte Gesetzesentwurf im Reichstag zur Verhandlung kam, berief der Aktionsausschuß des Vereins für Sozialpolitik einen Heimarbeitertag am 12. Januar 1911 nach Berlin ein. 355 Vertreter der Heimarbeiter waren dort. Dort wurde ausnahmslos erklärt, daß der ganze Entwurf nur dann Wert hat, wenn die Lohnämter eingeführt werden.

Und was ist nun aus alledem geworden?

Am 27. November d. J. begann die zweite Lesung des Hausarbeitersgesetzes. Die bürgerlichen Parteien hatten sich schon vorher geeinigt, statt Lohnämter Fachauschüsse einzurichten. Mit Recht betonte der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt, daß der Abschluß der Kommissionsverhandlung eine schwere Enttäuschung für die Heimarbeiter bedeutet. Alle bürgerlichen Abgeordneten ließen die Heimarbeiter im Stich, nur die Sozialdemokraten und ein kleines Fähnlein derer um Raumann stimmten für Lohnämter. Doch ohne Erfolg. Statt dessen wurden „Fachauschüsse“ angenommen. Diese sollen durch den Bundesrat eingerichtet werden. Die Vertreter zu den Fachauschüssen werden aber beileibe nicht gewählt, sondern durch die Landeszentralbehörde ernannt; damit aber auch ja nichts passieren kann, was als Hilfe der Heimarbeiter angesehen werden könnte, bestimmte der Reichstag gleich selbst, daß Gewerkschaftsvertreter als Vertreter der Arbeiter ausgeschlossen sind.

So ist unter dem Vorwand, den Heimarbeitern zu helfen, nichts herausgekommen als ein Gesetz, das den Heimarbeitern Kosten auferlegt, eine Menge Bestrafungen in Aussicht stellt, aber grundsätzlich jede Beseitigung muckersich geringer Löhne verwirft. Wohl bietet das Gesetz einen Schutz im Interesse der Volksgesundheit; aber was nützen die schönsten Vorschriften, wenn man den Heimarbeitern nicht die Möglichkeit gibt, alles das auch bezahlen zu können. Die enttäuschten Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen haben nun aber allen Grund, erst recht und mit voller Energie daran zu arbeiten, daß dieser traurige Auswuchs unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gemildert, beseitigt wird.

Die erhoffte Hilfe des Staates versagte, da müssen sich denn die Heimarbeiterinnen selbst helfen durch den Beitritt zu den zuständigen Organisationen.

Die Ausführungen des Referenten fanden reichen Beifall.

**Dresden.** Die Firma May Fischer, Plafatfabrik, Dresden-Laubegaitz, hat ihrem verheirateten Personal folgende Feuerungszulage gewährt: Die verheirateten Arbeiter erhielten je 20 Zentner Kohlen und 3 Zentner Kartoffeln, die verheirateten Arbeiterinnen je 10 Zentner Kohlen und 1 Zentner Kartoffeln.

Die Firma A. M. Gastein u. Söhne, Zigarrenfabrik, hat ihrem gesamten Arbeitspersonal eine Feuerungszulage gewährt. Alle auf Lohn und Akkord Beschäftigten erhalten auf ihren vollen Arbeitsverdienst 5 Proz. Zuschlag. Diese Zulage kam am 9. Dezember erstmalig zur Auszahlung und soll dauernd gewährt werden. Es kommen circa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage.

**B. Abrechnung der Verbandskasse.**

**Einnahmen.**

Eingekandt von den Zählstellen u. Gauen	75 148,12 Mk.
Zinsen aus angelegtem Kapital	4 092,50 "
Niedrigerer Kurs bei Kauf von Wertpapieren	3,— "
Von Kollege Dietrich, Stuttgart	195,— "
Arbeitslohnunterstützung zurückgestellt	3,— "
Für Erlassbücher und -arten	25,50 "
Geldsichte des Verbandes	62,25 "
Tarife	101,60 "
Mädchentarife	10,60 "
Berliner Sondertarife	5,40 "
Jahresberichte	5,60 "
Protokolle	16,80 "
Adressenverzeichnisse	4,50 "
„Herle“, Kartingemeinschaft	2,— "
Porto zurückgestellt	24,07 "
Für Inserate in der Buchbinder-Zeitung	572,49 "
Abonnements auf die Buchbinder-Zeitung	195,28 "
Beilagen zur Buchbinder-Zeitung	46,80 "
Porto zurückgestellt für die Buchbinder-Zeitung	5,29 "
Diverses	1,90 "
<b>Summa</b>	<b>80 521,70 Mk.</b>

**Ausgaben.**

Gehälter der Beamten und Hilfsarbeiter im Verbandsbureau	5 404,35 Mk.
Sitzungsgelder usw. an die Mitglieder des Verbandsvorstandes	284,— "
Entschädigung an die Revisoren	4,— "
Miete, Reinigung und Beleuchtung	442,65 "
Beiträge	22,80 "
Fernsprechgebühren	72,80 "
Porto und Fracht für Sendungen des Verbandsvorstandes	605,24 "
Schreib- und Packmaterialien, Stempel	127,82 "
Schreibmaschine mit Zubehör für München	331,05 "
Entschädigung des Umzuges an Kollege Schröder	212,70 "
Ausgaben betr. den Dreifädeltarif	775,70 "
Delegationen, Agitations- und Informationsreisen	417,95 "
Kosten des Gewerkschaftskongresses	429,70 "
Beitrag an die Generalkommission	991,— "
6000 Lohnarife drucken und broschieren	4 32,— "
3500 (Auszüge)	1 260,— "
6500 Jahresberichte	1 832,— "
3500 Adressenverzeichnisse drucken und broschieren	109,50 "
Diverse Buchdruckerarbeiten	233,50 "
Bücher und Broschüren	124,— "
Für „Gleichheit“ einschließlich Porto	59,15 "
Buchbinderarbeiten	54,70 "
Projektkosten	6,10 "
Höheren Kurs bei Kauf v. Wertpapieren	213,60 "
Zinsvergütung	440,45 "
Provision, Stempelgebühr usw. im Bankverkehr	108,90 "
Zuschüsse an Zählstellen	1 211,60 "
Gaue und Bezirke	2 817,93 "
Gehalt des Redakteurs der Buchbinder-Zeitung	450,— "
Mitarbeiter an der Buchbinder-Zeitung	222,70 "
Literatur für Buchbinder-Zeitung	55,39 "
Satz, Druck und Papier der Buchbinder-Zeitung	6 453,40 "
Expedition und Verpackung der Buchbinder-Zeitung	304,55 "
Expeditionsporto für die Buchbinder-Zeitung	1 502,09 "
Diverse Porto der Buchbinder-Zeitung	74,89 "
Projektkosten für d. Buchbinder-Zeitung	93,40 "
Diverse Ausgaben	8,20 "
<b>Summa</b>	<b>32 126,01 Mk.</b>

**Bilanz.**

Kassenbestand am 30. Juni 1911	465 996,02 Mk.
Einnahmen	80 521,70 "
<b>Summa</b>	<b>546 517,72 Mk.</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>32 126,01 "</b>

Kassenbestand am 30. Sept. 1911	514 391,71 Mk.
Davon Reserven für die Invalidenunterstützung	111 867,55 Mk.

**G. Hauelsen, Verbandskassierer.**

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung nebst Bücher und Kasse bestätigen:

Berlin, den 11. Oktober 1911.

J. W. B. Harber, 2. Vorsitzender.

Die Revisoren:

Friedrich Freudenreich, Rudolf Hoffmann, Otto Röll.

Abrechnung des Verbandes

A. Abrechnung

Einnahmen

Table with columns for Ort (Name des Ortes), Zahl der Mitglieder, and various income categories (Zins, Beiträge, etc.) with sub-columns for 'alt' and 'neu'.

vom 3. Quartal 1911.

der Zahlstellen.

Ausgaben

Table with columns for various expense categories (Für Vertheilung, Für Anwesenheit, etc.) and sub-columns for 'alt' and 'neu'.





eine aus politischen Gründen ungleichmäßige Behandlung der hierauf bezüglichen Anträge nicht einleiten dürfte, von den amtlichen Befugnissen zur Durchführung der Polizeistunde vielmehr nur dann Gebrauch zu machen sei, wenn dies zur Erreichung der Zwecke des § 365 des Reichsstrafgesetzbuches (Verhinderung der Bällerei, der Tranklust usw.) erforderlich wäre.

Wenn diese Verfügungen wirklich ergreifen sein sollten, dann müßte man sich wundern, weshalb sie nicht publiziert worden sind, und noch mehr, weshalb die nachgeordneten Behörden sie so häufig unbeachtet gelassen haben.

**Mängel der Lohnlütten** wurden in letzter Zeit mehrfach in der Arbeiterpresse erörtert. Es mehren sich danach die Fälle, in denen Ausschritt und Inhalt der Lohnlütten nicht miteinander übereinstimmen. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß dabei Unrechtheit auf der einen oder anderen Seite in Frage kommt. Denn solche Differenzen dürften zweifellos in der Hauptsache auf die zunehmende häufige Arbeitsweise in den Fabrikantoren zurückzuführen sein. Da ist es denn vor besonderem Werte, die rechte Seite dieser Lohnzahlungs-methode näher kennen zu lernen. Dazu liegt ein neueres bemerkenswertes Urteil des Berliner Gewerbegerichts vor, das im wesentlichen folgendes besagt: Eine Firma pflegte den Lohn in Lohnlütten zu zahlen. Auf den Lütten stand: Einliegender Lohnbetrag ist in Gegenwart des Zahlmeisters zu prüfen. Nachträgliche Reklamationen bleiben unberücksichtigt. Ein Arbeiter behauptete einmal, seine Lütte hätte statt 40 Mk. 35 Pf. nur 35 Pf. enthalten und klagte 40 Mk. ein. Er wollte das Manko zwar nicht in Gegenwart des Zahlmeisters, aber sofort nach Empfang beim Hinausgehen und in Gegenwart eines Zeugen festgestellt haben. Das Gewerbegericht sprach dem Arbeiter die 40 Mk. zu. Der Vermerk auf der Lütte, so führt das Gericht aus, sei eine einseitige Bekanntgabe der Firma. Es ist nichts dafür beigebracht, daß der Inhalt des Vermerkes Bestandteil des Arbeitsvertrages geworden ist. Auch wenn dies der Fall wäre, so würden die Worte: Nachträgliche Reklamationen bleiben unberücksichtigt, besagen, daß die Firma dann die Zahlung verweigern wird, aber nicht, daß der Arbeiter verzichtet. Aus der Nichterfüllung der Pflicht, in Gegenwart des Zahlmeisters zu prüfen, folge nur eine Umkehrung der Beweislast. Wenn sonst der Unternehmer für die richtige Zahlung beweispflichtig ist, so muß jetzt der Arbeiter beweisen, daß der Lohn nicht richtig bezahlt ist. Dieser Beweis ist durch den Zeugen geführt worden.

**Kriegervereintliche Konkurrenz gegen die freien Gewerkschaften.** Daß die „politisch neutralen“ Kriegervereine eine Wut auf die organisierte Arbeiterschaft haben, die sich besonders zur Zeit der Wahlen „mit Gott für Kaiser und Reich“ „gegen Umsturz und Vaterlandslosigkeit“ herbortut, ist hinlänglich bekannt. Da die öde Schimpferei nicht mehr zieht und man andererseits die „Arbeiterkameraden“ nicht gut der Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation berauben kann, in denen die „geistigen“ Hintermänner der Kriegervereine auch nur „sozialdemokratische Vorschulen“ erblicken, so hat man jetzt eine naive Idee ausgedacht, um für die „Arbeiterkameraden“ nach

Kriegervereintlicher Auffassung die Gewerkschaften „überflüssig“ und die „sozialdemokratische Verheißung“ unwirksam zu machen.

Ein Bezirkskriegertag in Hannover beriet nämlich einen Antrag, an dem man nun schon zwei Jahre herunstudiert hat und der den Zweck haben soll: durch Erhöhung der Beiträge Mittel zu beschaffen für Einrichtungen, die den dem Arbeiterstande angehörenden Mitgliedern zugute kommen sollen, damit diese nicht gezwungen würden, zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Lage den sozialdemokratischen Gewerkschaften beizutreten.

Wie man sich diese Unterstützung denkt, ist direkt komisch. Nachdem der Abgeordnetentag des Deutschen Kriegereubundes im Juli d. J. den Bundesvorstand beauftragt hatte, die Vorarbeiten für die Errichtung einer Versicherungs- und Fürsorgekasse für die durch den „Terrorismus“ der Sozialdemokratie arbeitslos gewordenen „Kameraden-Arbeiter“ weiterzuführen, sind jetzt die Vorschläge herausgekommen. Für die „Kameraden-Arbeiter“ ist natürlich nicht viel dabei herausgekommen. Von vornherein wird betont, daß nicht allein die Arbeiter des kameradschaftlichen Schutzes der Kriegervereine bedürfen, sondern daß „zunächst“ die kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker „vielfach“ unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu leiden haben. Dann wird betont, daß „gelernte und gut bezahlte Arbeiter meist besser gestellt sind als die große Mehrzahl der Privatangestellten und unteren Beamten bis in die Kreise der mittleren Beamten hinein“. Endlich werden auch die Landarbeiter und kleinen Landwirte als der Unterstützung bedürftig hingestellt.

Ist also die ursprüngliche Tendenz des Antrages schon stark verwässert, so noch mehr in seinen speziellen Maßnahmen im Interesse der „Kameraden-Arbeiter“, denn in der Vorstandsbeurteilung heißt es zum Schluß: „In erster Linie soll es Aufgabe der Kasse sein, die durch Ausperrungen in Mitleidenschaft gezogenen Kameraden zu unterstützen und ihnen nach beendetem Streik Beihilfen zu gewähren“. Und auf dem hannoverschen Kriegertage wurde noch ausdrücklich betont, daß „nur solche Arbeiter-Kameraden“ unterstützt werden sollen, „die durch sozialdemokratischen Terrorismus arbeitslos geworden sind“. „Streikende und Ausgesperrte sollen jedoch nicht unterstützt werden, weil gegen die Einmischung der Kriegervereine in die wirtschaftlichen Kämpfe prinzipielle Bedenken bestehen“. Wie hoch man diese „soziale“ Kriegervereinsrichtung selbst einschätzt, beweist, daß man mit 90 Pf. pro Mitglied und Jahr auf diese Weise glaubt, die Sozialdemokratie „vernichten“ zu können.

Die „Unterstützung“ ist wie ein Quecksilbertropfen; wenn man zuzählt, gleitet er zwischen den Fingern hindurch. Trefflicher und zugleich grotesker kann sie allerdings den blinden Sozialistenhaß unserer „Patrioten“ und ihre Verständnislosigkeit gegenüber dem inneren Wesen der gewerkschaftlichen Organisationen nicht kennzeichnen. Sie sehen in diesen nur die mechanische Unterstützungsvereinigung, von ihrer sozial-ethischen Erziehungsarbeit für die gesamte Arbeiterschaft, deren staatsbürgerrechtlicher und wirtschaftlicher Stärkung und Fortentwicklung im feien Kampf mit den kapitalistischen und ökonomischen Mächten und ihren öffentlichen Organen haben sie keinen blassen Schimmer. Und

dem glauben unsere kriegervereintlichen Patriot-patrioten beizutommen mit einer so lächlichen Unterstützung, die ebendrin gerade dann verfaßt, wenn sie für den Arbeiter am notwendigsten ist, nämlich bei Streik und Ausperrung. Weder die politische noch die gewerkschaftliche Organisation werden diese komische Idee auch nur im geringsten ernst nehmen; sie verdient auch nur weitest Verbreitung eben wegen ihrer Abnormität. Im übrigen ergibt sich auch daraus wieder die Lehre, daß ein Arbeiter, der etwas auf sich hält, sich von den Kriegervereinen mit ihrer Arbeiterfeindschaft fernhält.

**Bekanntmachung der Redaktion und Expedition.**

1. Infolge des Weihnachtsfestes muß die am 30. Dezember erscheinende Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ bereits am Freitag, den 22. Dezember, abends, abgeschlossen werden. Nur kleinere Mitteilungen, Inserate usw., können noch bis zum 23. Dezember mittags Berücksichtigung finden. Wir bitten um Beachtung dieses Endtermins und ersuchen um rechtzeitige Einsendung der für diese Nummer bestimmten Artikel, Berichte, Inserate usw.

2. Am Jahresluß wird wiederum Titel und Inhaltsverzeichnis zur „Buchbinder-Zeitung“ herausgegeben. Die Gau- und Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, bei ihren Mitgliedern Umfrage zu halten, wie viele solcher Titel verlangt werden, damit die Bestellung bis zum 30. Dezember erfolgen kann. Es werden nur soviel Titel hergestellt, als bis dahin bestellt sind.

3. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß alle Zuschriften für Redaktion und Expedition nach wie vor nur nach

Berlin S. 59, Urbanstraße 63, I, zu adressieren sind.

Alle anderen Adressierungen bedingen nur eine Verzögerung in der Erledigung der Geschäfte, wenn nicht gar solche falsch adressierten Sendungen ganz verloren gehen. Die Vorwärts-Buchdruckerei, an die vielfach adressiert wird, besorgt lediglich den Druck der „Buchbinder-Zeitung“ und hat mit der sonstigen Erledigung der Geschäfte nichts zu tun.

**Briefkasten.**

J. B. u. D. L. in D. Auch solche Meldungen müssen durch die Ortsverwaltung gemacht werden. Auch soll angegeben sein, wie viele unserer Berufsangehörigen in Frage kommen. — J. M. in B. Inserat Schr.: 1,60 Mk., Inserat B.: 2,— Mk. Außerdem ein „Gerle“ 2,— Mk., zusammen 5,60 Mk.

**ANZEIGEN**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle München.**

Am 5. Dezember verschied unser Mitglied, die Kartomagen-Arbeiterin **Fräulein Rosa Unger** im 19. Lebensjahre. Ehre ihrem Andenken.

**Zahlstelle Bochum.**

Unserem lieben Kollegen u. Vorstehenden **Julius Wehl** nebst Frau Fräulein **Wilhelmine Walter** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Eine gut erhaltene **Papierschnidemaschine**, 51 cm Schnittlänge, Gebelshytem n. 2 neu, und 1 alten Messer, billig zu verkaufen. **J. Knittel, Konstantz, Konradigasse.**

Am 9. Dezember verschied nach kurzem Krankenlager unser eifriges Mitglied, der Kollege

**Josef Offermann.**

Er war Mitgründer der hiesigen Zahlstelle vom Jahre 1889 und stets tätig für die Organisation. Wir sichern ihm ein dauerndes Andenken. Die Zahlstelle **Hensburg.**

Gesucht werden **Wiederverkäufer** für meine lat. Postkarte „**Reichstagswahl**“. **Louis Schöber, Nürnberg, Burgstr. 27.**

**Inserate** finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

**Bei Gicht, Rheumatismus, +**

Nistweh, Lendenschmerzen, Steifheit, Gliederreihen, Geschwulst, Nervenbeschwerden etc. hat selbst in hartnäckigen Fällen schnell, oft schon über Nacht, wie ein Zaubermitel **Pohl's Rheumatismus-Tee** (Sambuch) gewirkt. 4 Pakete Mk. 1.—, 8 Pakete zur Kur Mk. 2,50. In den Zwischenpausen reibe man mit dem schmerzstillenden, wohlthuenden, kausendfach erprobten **Pohl's Karmeliter-Geist** ein. Garantiert unschädlich. 4 Flasche Mk. 1.—, extra stark Mk. 2.—. Zahlreiche Dank-schreiben. Ein Versuch überzeugt von der geradezu elektrisierenden Wirkung. Nur allein echt bei **Georg Pohl in Berlin, Hohenstaufenstr. 69, an der Goltzstraße.**



**Kostenfreier Arbeitsnachweis**

für Buchbinder  
O. Th. Winckler, Leipzig